

Two-Pager zum Positionspapier

DES BUNDESVERBANDES DER DEUTSCHEN KALKINDUSTRIE E.V.

Langfristigen Kalksteinabbau sicherstellen, Verfahren beschleunigen

Berlin, April 2026

Langfristigen heimischen Kalksteinabbau durch eine Ermöglichungskultur sichern

Die heimische Kalkindustrie liefert einen unverzichtbaren Grundstoff für Bau, Infrastruktur, Stahlproduktion, chemische Industrie, Umwelttechnik und zahlreiche Alltagsprodukte. Kalk steht am Anfang zentraler industrieller Wertschöpfungsketten und ist damit systemrelevant für wirtschaftliche Stabilität, technologische Innovation und Klimaschutz.

Die Transformation zur CO₂-neutralen Kalkproduktion erfordert erhebliche Investitionen in neue Technologien. Diese Investitionen sind nur wirtschaftlich tragfähig, wenn die Versorgung mit Kalkstein langfristig gesichert ist. Industrieanlagen haben Laufzeiten von mehreren Jahrzehnten, **eine verlässliche Rohstoffbasis über mindestens 40 Jahre ist daher Voraussetzung für Planungssicherheit und Investitionsentscheidungen.**

Genehmigungsverfahren für Kalksteinabbau sind in der Praxis allerdings häufig langwierig, komplex, uneinheitlich und ohne verbindliche Fristen ausgestaltet, was Investitionen und Versorgungssicherheit gefährdet.

Der BVK fordert daher **eine grundlegende Modernisierung und Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren** im Sinne einer staatlichen **Ermöglichungskultur** für heimische Rohstoffe:

1. Rohstoffversorgung als überragendes öffentliches Interesse verankern

Die Sicherstellung heimischer mineralischer Rohstoffe – insbesondere lagerstättengebundener Rohstoffe wie Kalkstein – muss gesetzlich als überragendes öffentliches Interesse definiert werden. Erforderlich sind Anpassungen u. a. im:

- **Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)**
- **Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG)**
- **Raumordnungsgesetz (ROG)**

Ergänzend sollen Rohstoff-Sicherungsgebiete von überregionaler Bedeutung ausgewiesen und verbindlich in Landesplanungen übernommen werden. Dadurch wird der langfristige Zugriff auf Lagerstätten frühzeitig abgesichert und spätere Nutzungskonflikte werden reduziert.

2. Genehmigungsverfahren effizienter und verbindlicher gestalten

Eine grundlegende Modernisierung der Verfahrensstrukturen ist erforderlich. Dazu gehört insbesondere:

- **eine Beschränkung der Vollständigkeitsprüfung auf formale Kriterien,**
- **verbindliche Entscheidungsfristen mit einer Genehmigungsfiktion,**
- **die parallele Durchführung von Prüfungen statt sequenzieller Verfahren.**

Die **Einführung einer Genehmigungsfiktion** nach zwölf Monaten bei formal vollständigen Anträgen würde eine klare zeitliche Verbindlichkeit schaffen. Umwelt- und Sicherheitsstandards bleiben davon unberührt, es geht ausschließlich um die Vermeidung unangemessen langer Untätigkeit der Verwaltung.

Ergänzend sollte **nach positiver UVP ein vorzeitiger Beginn ermöglicht** werden, damit notwendige Vorarbeiten nicht bis zum Abschluss aller Detailentscheidungen zurückgestellt werden.

3. Rechtsschutz zielgerichtet ausgestalten

Der Rechtsschutz soll legitime Interessen wahren, gleichzeitig aber strategische Verzögerungen vermeiden. **Einwendungen müssen grundsätzlich im Verwaltungsverfahren vorgebracht werden.** Späte Einwendungen sollten nur berücksichtigt werden, wenn neue, unvorhersehbare umweltrelevante Tatsachen vorliegen.

Gerichtliche Verfahren sollten bei spezialisierten Kammern der Oberverwaltungsgerichte konzentriert werden, um Effizienz und fachliche Kompetenz zu stärken.

4. Wasserrecht und Bergrecht modernisieren

Im Wasserrecht bedarf es einer differenzierten Anwendung des Verschlechterungsverbots, die Einzelfallumstände sowie Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen berücksichtigt. Ausnahmeregelungen zur Sicherstellung der Rohstoffversorgung sollten ausdrücklich vorgesehen werden.

Im Bergrecht sind Blockadememechanismen zu beseitigen. Einvernehmenserfordernisse sollten durch Benehmensregelungen ersetzt und verbindliche Entscheidungsfristen eingeführt werden. Ziel ist eine klare Entscheidungsverantwortung bei gleichzeitig uneingeschränktem Schutz von Umwelt- und Sicherheitsstandards.

Eine ausführliche Darstellung unserer Vorschläge können Sie unserem Positionspapier entnehmen. Wir stehen Ihnen bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e.V.

Weitere Informationen zur Kalkindustrie oder dem Bundesverband finden Sie unter www.kalk.de oder dem QR-Code.

Der BVK ist registriert im Lobbyregister (R001c30).

